Investitionsbank Schleswig-Holstein
5525 Arbeit – Bildung – Soziales
24091 Kiel

Hinweis:
Der Antrag muss vollständig mit den Anlagen und im Original mit rechtsverbindlicher Unterschrift in <u>einfacher</u> Ausfertigung bei der Investitionsbank eingereicht werden!

Antrag auf Gewährung von Zuschüssen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes (KInvFG II)

Hinweise zur Formularnutzung:

Viele Internet-Browser verfügen über eine eigene Lesefunktion für PDF-Dateien (z. B. Microsoft Edge). Browsergestützte PDF-Reader sind oftmals in der Funktionalität stark eingeschränkt und können zudem wichtige Funktionen blockieren.

Daher ist es erforderlich, die ausfüllbaren PDF-Dokumente der Investitionsbank Schleswig-Holstein

- auf der Festplatte zu speichern und
- zur Bearbeitung der gespeicherten Datei den kostenlosen Adobe Reader zu nutzen.

Eine Nutzung der Dokumente auf mobilen Endgeräten ist wegen eingeschränkter Funktionalitäten nicht vorgesehen.

Um den Anwendungskomfort im Adobe Reader zu optimieren, können Sie in den Einstellungen unter „Formulare“ eine Markierungsfarbe für die Bildschirmansicht der Formularfelder einstellen.

Setzen Sie hierzu unter dem Menüpunkt „Markierungsfarbe“ einen Haken bei „Randfarbe für Felder bei Mauskontakt anzeigen“ und wählen Sie eine Markierungsfarbe für Felder und erforderliche Felder aus.

Angaben Antragsteller/in (subventionserhebliche Angaben)

Schule im kommunaler Trägerschaft	☐
Gemeinde:	
a) als Schulträger	☐
b) für einen Schulverband als Schulträger	☐
c) für ein Amt als Träger	☐
Kreis	☐

Bezeichnung Antragsteller/in			
In den Fällen zu b) und c) Bezeichnung des Schulverbandes oder Amtes			
Straße / Haunummer			
Postleitzahl/Ort/Gemeindeschlüssel			
IBAN	DE		

Ansprechpartner/in (subventionserhebliche Angaben)		
Ansprechpartner/in		
Straße/Hausnummer		
Postleitzahl/Ort		
Telefon		
E-Mail-Adresse		

Angaben zur Maßnahme (subventionserhebliche Angaben)	
ÖPP-Maßnahme	☐ ja ☐ nein
Bezeichnung der Schule	
Name der Maßnahme/Schule	
Anschrift der Schule (falls abweichend von Antragsteller/in)	
Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Ort	
Voraussichtliche Laufzeit	
Projektbeginn	Projektende

Zweck der Maßnahme (subventionserhebliche Angaben)		
a. Bereich Schulinfrastruktur Sanierung, Umbau, Erweiterung (siehe Ziffer 3.1 der Förderrichtlinie)		
☐	☐	Schulgebäude
	☐	Schulwohnheim
	☐	Sporthalle (von der Schule genutzt) [a)]
	☐	Schwimmhalle (von der Schule genutzt) [b]
	☐	Außenanlagen
	☐	Mensen
	☐	Arbeits-, Werkstätten, Labore
☐	Ersatzbau, wenn die Sanierungskosten über 80 % der zu erwartenden Kosten für einen Neubau betragen (siehe Ziffer 3.3 der Förderrichtlinie)	

[a)] Nutzung durch Sportvereine, Betriebssportgruppen etc. außerhalb der Schulzeiten möglich
[b)] Keine Nutzung durch die Allgemeinheit gegen Gebühr; Nutzung durch Sportvereine, Betriebssportgruppen etc. außerhalb der Schulzeiten möglich

Kurzbeschreibung der Maßnahme (subventionserhebliche Angaben)

Kosten- und Finanzierungsplan (subventionserhebliche Angaben)		
Kostenplan (Aufstellung gemäß DIN 276)(subventionserhebliche Angaben)		
	gesamt	**förderfähig**
Summe	**0,00**	**0,00**

Finanzierungsplan (subventionserhebliche Angaben)		
	gesamt	**förderfähig**
Projekteinnahmen		
Finanzmittel		
- der Gemeinde		
- des Amtes		
- des Kreises		
- des Zweckverbandes		
- des Landes		
Mitteleinsatz Dritter (bitte nennen)		
beantragter Zuschuss aus dem KInvFG II		
Summe	**0,00**	**0,00**

	Jahr	**Betrag**
Der beantragte Zuschuss aus dem KInvFG II wird voraussichtlich in den folgenden Jahren abgerufen **Hinweis:** Die Auszahlung der bewilligten Zuschüsse erfolgt anteilig zur Begleichung bereits fälliger Rechnungen	20	
	20	
	20	
	Gesamt	**0,00**

Erklärungen zum Antrag (subventionserhebliche Angaben)	
Ich/Wir erkläre/-n, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen)	
☐	mir/uns die „Richtlinie zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes (KInvFG II) Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen“ (Förderrichtlinie) bekannt ist und beachtet wird;
☐	mir/uns die Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an kommunale Körperschaften (VV-K) in der Fassung vom März 2020, sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) in der Fassung vom Oktober 2019 bekannt sind und beachtet werden;
☐	alle Angaben in diesem Antrag richtig und vollständig sind;
	das Vorhaben eine in sich abgeschlossene Maßnahme darstellt, die nicht bereits im Rahmen eines anderen Förderprogramms gefördert wird;
☐	die Bestimmungen der VOL/VOB und des Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich-Privater Partnerschaften sind einzuhalten;
☐	in der Kostenaufstellung keine Kosten für Photovoltaik- und Eigenstromversorgungsanlagen angegeben worden sind (vgl. Ziff. 8.2 der Förderrichtlinie);
☐	die jeweils ausgewählte(n) geplanten Maßnahme(n) den Anforderungen der Richtlinie in Ziff. 3 entsprechen werden;
☐	mir/uns bekannt ist, dass das beantragte Vorhaben bis zum 31.12.2025 vollständig abgenommen und bis zum 31.12.2026 abgerechnet und zur Auszahlung gebracht worden sein muss;
☐	für das zur Förderung beantragte Investitionsvorhaben entsprechend Ziff. 3.4.der Förderrichtlinie eine Bestätigung über die längerfristige Nutzbarkeit des Gebäudes beigefügt ist;
☐	unter Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung für des Schulträgers und des Kreises für die Schule unter Einhaltung der Mindestgröße gemäß § 52 SchulG ein öffentliches Bedürfnis gemäß § 58 Abs. 2 SchulG für die Dauer der Zweckbindungsfrist anzunehmen ist ;
☐	mit dem Investitionsmaßnahme ein langfristig bestehender Bedarf abgedeckt wird;
☐	mit dem beantragten Vorhaben nach dem 30. Juni 2017 begonnen wurde;
☐	auf die Bundesförderung während der Bauphase und nach der Fertigstellung angemessen hinzuweisen ist;
☐	das Vorhaben auf keine kostengünstigere Weise durchgeführt werden kann, dabei wurden auch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zugrunde gelegt;
☐	ich/wir darüber Kenntnis habe/-n, dass die Angaben - in diesem Antrag einschließlich aller Nachreichungen, insbesondere zur Gebäudenutzung des Fördergegenstandes, der kommunalen Trägerschaft, der Bedarfsplanung, zur Art und Höhe der Investitionen, zu evtl. weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen sowie die Angaben zu den Sanierungseffekten - im Verwendungsnachweis; sowie - die sonstigen Angaben, Sachverhalte oder Tatsachen, von denen die Bewilligung, die Gewährung oder Weitergewährung, der Widerruf der Bewilligung und die Rückforderung oder Belassung der Zuwendung abhängen, subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und des Subventionsgesetzes des Landes Schleswig-Holstein sind und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist; die subventionserheblichen Angaben sind in diesem Antragsformular gekennzeichnet. Mir/uns ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können;
☐	mir/uns bekannt ist, dass insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist;

☐	Nach § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 des am 28. Dezember 2013 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes (GVOBl. Schl.-H. 2013, S. 404), aufgehoben zum 01.01.2019, gewährt das Land Schleswig-Holstein Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn von 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zahlen. Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im Sinne des Landesmindestlohngesetzes ist, wer sich durch einen privatrechtlichen Vertrag verpflichtet hat, in sozialversicherungsrechtlicher Form oder als geringfügig Beschäftigte oder Beschäftigter gegen Entgelt Dienste zu leisten, die in unselbständiger Arbeit im Inland zu erbringen sind. Hingegen gelten Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler nach dem Berufsbildungsgesetz, Personen, die in Verfolgung ihres Ausbildungsziels eine praktische Tätigkeit nachweisen müssen, nicht als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Ebenfalls fallen Personen in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis nach § 138 Abs. 1 SGB IX (behinderte Menschen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten) nicht unter den Arbeitnehmerbegriff. Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Inland bis zum 31.12.2018 mindestens 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zu zahlen. [1] Bei der Antragstellerin/ dem Antragsteller kommt ☐ kein Tarifvertrag ☐ folgender Tarifvertrag zur Anwendung: …….. ……..

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift/Stempel Antragsteller/in

<u>Folgende Unterlagen sind diesem Antrag beizufügen:</u>

- Kostenberechnung nach DIN 276
- Bestätigung über die längerfristige Nutzbarkeit des Gebäudes
- Baufachliche Stellungnahme